

## D-NO1 Zivilgesellschaft in Israel und Palästina schützen - Gerechten Frieden schaffen

Gremium: Grüne Jugend Bremen

Beschlussdatum: 10.09.2025

Tagesordnungspunkt: 5.3 Weitere Anträge "Grüne Perspektive auf die Lage im Nahen Osten"

### Antragstext

Am 7. Oktober 2023 verübte die Terrororganisation Hamas ein brutales Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung. Die Hamas beschießt Israel mit Tausenden Raketen und dringt mit bis zu 3.000 bewaffneten Kämpfern in das Land ein. Ziel sind vor allem Menschen aus der Zivilbevölkerung. Mehr als 200 Menschen werden von der Hamas entführt, mehr als 1.200 Menschen getötet. Es handelt sich damit um den schlimmsten Massenmord gegen Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Wir verurteilen diesen antisemitischen, terroristischen Akt ohne Einschränkungen.

Als Reaktion auf den Angriff der Hamas führt die Israel seither Krieg im Gaza-Streifen. Dabei wurden bereits zehntausende Palästinenser\*innen getötet, verletzt oder vertrieben. Die humanitäre Lage in Gaza, die schon vor der israelischen Offensive sehr schlecht war, kann heute als humanitäre Katastrophe bezeichnet werden. Regelmäßig wird das sehr kleine und dicht besiedelte Gebiet des Gaza-Streifens, in dem Menschen keinen Schutz finden können, massiv bombardiert, wobei immer wieder auch wichtige Infrastruktur zum Ziel von Angriffen wird. Millionen Menschen befinden sich ohne Schutz auf der Flucht. Es fehlt an Nahrungsmitteln, Trinkwasser und Medikamenten, in diesem Frühjahr blockierte die israelische Regierung fast drei Monate sämtliche Hilfslieferungen nach Gaza, auch die aktuell genehmigten Hilfsgüter reichen nicht ansatzweise aus. Eine Kriegsführung, die die Zivilbevölkerung mit derartigem Leid überzieht, ist nicht zu rechtfertigen. Anfang Mai verkündete die israelische Regierung, den Gazastreifen dauerhaft besetzen und die palästinensische Bevölkerung vertreiben zu wollen. Mittlerweile hat die israelische Armee eine Offensive eingeleitet, um diese Ziele durchzusetzen. Diese Beispiele zeigen das völkerrechtswidrige Vorgehen Israels. Auch internationale Gerichte befassen sich mit dem Vorgehen der israelischen Regierung in Gaza. Der Internationale Gerichtshof ermittelt derzeit wegen des Verdachts auf einen Völkermord gegen Israel. Im Januar 2024 verpflichtete er Israel, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa die Gewährleistung humanitärer Hilfe und die Verfolgung öffentlicher Aufstachelungen, um einen Genozid in Gaza zu verhindern, was zeigt, dass der Genozid-Vorwurf zumindest vorläufig als plausibel eingeordnet wird. Der Internationale Strafgerichtshof hat im Herbst 2024 Haftbefehle gegen Premierminister Netanyahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister erlassen, da diese für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich seien. Auch viele NGOs, etwa die israelische Organisation B'Tselem, sehen im israelischen Vorgehen einen Völkermord.

Wir bekennen uns klar zum Existenzrecht Israels und erkennen an, dass Israel ein Recht darauf hat seine Bevölkerung zu schützen und zu verteidigen. Klar ist aber auch, dass Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht immer handlungsleitend sein müssen und nicht eingeschränkt werden dürfen. Israel verstößt in Gaza immer wieder gegen diese Grundsätze.

Die Hamas verstößt regelmäßig gegen das Völkerrecht, mit Massakern an israelischen Menschen, und auch, wenn sie Zivilist\*innen im Gaza-Streifen als

43 Schutzschild missbraucht und deren Tod einkalkuliert. Das ist unbestritten und  
44 klar zu verurteilen. Es bedeutet jedoch nicht, dass Israel ebenfalls  
45 Völkerrechtsverstöße begehen darf. Von der demokratisch gewählten israelischen  
46 Regierung erwarten wir umso mehr, dass sie das Völker- und Menschenrecht  
47 verteidigt und eine verantwortungsvolle Rolle bei der Erreichung von Frieden in  
48 der Region einnimmt.

49 Ziel muss es jetzt sein, einen dauerhaften Waffenstillstand herzustellen und  
50 einen Prozess zu einem langfristigen und gerechten Frieden einzuleiten. Das  
51 meint eine Lösung des Konflikts, die Sicherheit für alle Menschen in der Region  
52 sowie Freiheit und Selbstbestimmung für Palästina ermöglicht.

53 Eine Waffenruhe ist ein erster wichtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Es  
54 braucht langfristige, gerechte Lösungen. Ein gerechter Frieden setzt voraus,  
55 dass die Lebensrealitäten der palästinensischen Bevölkerung endlich anerkannt  
56 und verbessert werden: Die Besatzung, die fortschreitende Enteignung durch den  
57 Siedlungsbau, die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die alltägliche  
58 militärische Kontrolle sowie der Entzug grundlegender Rechte. Denn Unterdrückung  
59 und Brüche des Völkerrechts sind keine neue Erscheinung nach dem 7. Oktober  
60 2023, sondern Ausdruck eines strukturellen Unrechts, das seit Jahrzehnten  
61 andauert. Ebenso muss die Sicherheit der israelischen Bevölkerung gewährleistet  
62 sein – jedoch nicht durch militärische Unterdrückung, sondern durch eine  
63 politische Lösung, die Sicherheit auf Grundlage von Gerechtigkeit schafft. Der  
64 Krieg in Gaza, der offiziell der Zerschlagung der Hamas dienen soll, hat dieses  
65 Ziel bislang nicht erreicht und stattdessen zehntausenden Zivilistinnen das  
66 Leben gekostet und die Sicherheitslage für alle – Israelis wie  
67 Palästinenser\*innen – massiv verschlechtert.

68 Ein zentraler Bestandteil eines gerechten Friedens ist der Einbezug der  
69 Zivilgesellschaften beider Seiten. Solidarität und gemeinsame Visionen für ein  
70 Leben in Würde und Freiheit können politische Prozesse ergänzen und langfristig  
71 stabilisieren. Friedliche Verhandlungen müssen unter internationaler Vermittlung  
72 geführt werden und dürfen nicht von geopolitischen Interessen dominiert werden.

73 Ein gerechter Frieden kann nur durch eine umfassende Lösung erreicht werden, die  
74 auf dem Völkerrecht, der Anerkennung gleicher Rechte für alle Menschen in der  
75 Region und dem Ende der Besatzung basiert. Dazu gehört die diplomatische  
76 Anerkennung eines souveränen palästinensischen Staates. Viele Staaten erkennen  
77 Palästina bereits an. Es ist wichtig, dass auch Deutschland diesen Schritt geht.

#### 78 Aktiver Einsatz für Frieden in Israel und Palästina aus Deutschland

79 Die Worte und Handlungen der internationalen Gemeinschaft und insbesondere von  
80 verbündeten Staaten haben einen Einfluss auf das Vorgehen der israelischen  
81 Regierung. Entsprechend sehen wir die deutsche Bundesregierung in der Pflicht,  
82 all ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen sofortigen und dauerhaften  
83 Waffenstillstand herbeizuführen. Dieser muss die Freilassung der Geiseln,  
84 ausreichend humanitäre Hilfe und den Rückzug der Israelischen Armee aus Gaza  
85 beinhalten.

86 Dazu gehört es, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aller  
87 Beteiligten klar zu benennen und zu verurteilen. Neben klaren Worten braucht es  
88 zudem Taten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung zu einem Bekenntnis zur

89 Umsetzung der Entscheidungen internationaler Gerichte auf. Dies ist  
90 Voraussetzung für eine glaubhafte Positionierung auf Seiten der Menschenrechte.

91 Außerdem braucht es personenbezogene Sanktionen gegen alle israelischen  
92 Regierungsmitglieder und Militärs, die die Blockade von Hilfslieferungen  
93 und/oder Vertreibungspläne der Zivilbevölkerung unterstützen (z.B. gegen die  
94 Minister Ben-Gvir und Smotrich), menschenfeindliche Politik und Rhetorik  
95 gegenüber der palästinensischen Bevölkerung dürfen nicht geduldet werden. Wir  
96 befürworten den Vorschlag der EU-Kommission, das EU-Assoziierungsabkommen mit  
97 Israel für den wirtschaftlichen Bereich auszusetzen. Die deutsche  
98 Bundesregierung sollte sich diesem Vorschlag anschließen.

99 Außerdem ist es für uns essenziell, dass Menschenrechtsverletzungen nicht durch  
100 deutsche Waffen unterstützt und verschärft werden dürfen. Seit Israel Krieg in  
101 Gaza führt, ist die Lage immer weiter eskaliert und trotz internationaler  
102 Appelle wurden immer wieder Völkerrecht und Menschenrechte missachtet.  
103 Spätestens in den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass immer mehr Waffen für  
104 Israel nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern zu einer weiteren Eskalation. Es  
105 ist höchste Zeit tatsächliche Lösungsansätze für den Konflikt anstelle von  
106 Waffenlieferungen in den Fokus zu stellen. Daher begrüßen wir die Entscheidung  
107 der Bundesregierung, vorerst keine Rüstungsgüter mehr an Israel zu liefern, die  
108 in Gaza eingesetzt werden können. Dieser Schritt war lange überfällig. Als Grüne  
109 Partei müssen wir uns kritisch mit dem Vorgehen Grüner  
110 Verantwortungsträger\*innen in der letzten Bundesregierung auseinandersetzen.

111 Seit Oktober 2023 hat Deutschland über 300 Millionen Euro an humanitärer Hilfe  
112 für die Menschen in Gaza bereitgestellt. Diese finanzielle Unterstützung ist  
113 sehr wichtig und muss dauerhaft und planbar aufrechterhalten bleiben.  
114 Deutschland muss die Humanitäre Hilfe in Gaza nicht nur finanziell unterstützen,  
115 sondern auch politischen Druck ausüben und logistisch unterstützen.

#### 116 Aktivismus für den Frieden unterstützen

117 Aktivismus, der aus der Zivilgesellschaft vor Ort kommt, ist ein elementarer  
118 Bestandteil für einen Friedensprozess in der Region und eine langfristige Lösung  
119 des Konflikts. Es wäre falsch, die israelische und palästinensische Bevölkerung  
120 mit ihren Regierungen gleichzusetzen und Stimmen aus der Zivilgesellschaft zu  
121 ignorieren. Die Hamas handelt nicht nach den Bedürfnissen der palästinensischen  
122 Bevölkerung und genießt wenig Vertrauen in dieser. So protestierten etwa im März  
123 dieses Jahres Hunderte Palästinenser\*innen in Gaza gegen den Krieg und gegen die  
124 Hamas, trotz drohender Gewalt und Repression. In Israel gibt es zahlreiche  
125 Proteste aus der Zivilgesellschaft gegen die rechte Regierung und auch gegen  
126 deren völkerrechtswidrige Handlungen. Mehrere Tausend Israelis gehen regelmäßig  
127 auf die Straße, um gegen das Regierungshandeln zu demonstrieren, insbesondere  
128 weil der andauernde Krieg in Gaza den israelischen Geiseln und ihren Angehörigen  
129 nicht hilft.

130 Verschiedenen israelische sowie palästinensische Aktivist\*innen und  
131 Gruppierungen setzten sich seit Jahren und Jahrzehnten für Frieden in der  
132 Region, für die Wahrung der Menschenrechte, für Meinungspluralismus, für Rechte  
133 und politische Teilhabe verschiedener Gruppen ein. Wir sprechen allen Personen,  
134 die diese sehr wichtige Arbeit auch unter den aktuellen Bedingungen leisten,  
135 unsere Solidarität aus und unterstützen Aktivismus für Frieden in Israel und  
136 Palästina nach unseren Möglichkeiten. Dazu gehört auch, dass Deutschland

137 derartige Organisationen durch Finanzierung unterstützt. Gerade in der aktuellen  
138 Situation ist es fatal, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen dadurch  
139 geschwächt werden, dass ihnen aus intransparenten Gründen Fördermittel  
140 gestrichen werden.

#### 141 Antisemitismus & antimuslimischen Rassismus bekämpfen

142 Der Krieg in Gaza hat Folgen auch über die Region hinaus. Auch die  
143 gesellschaftliche Stimmung in Deutschland wurde im letzten Jahr durch die  
144 Ereignisse beeinflusst. Die Anzahl antisemitischer Straftaten in Deutschland hat  
145 bereits in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Seit dem Anschlag vom  
146 07.Oktober ist zudem ein besonderer Anstieg zu verzeichnen. Außerdem steigt  
147 nicht nur die Quantität der antisemitischen Straftaten, sondern auch schwere  
148 Angriffe, wie etwa Körperverletzungen, nehmen zu. Auch im Rahmen Pro-  
149 Palästinensischer Demonstrationen kommt es zu Vorfällen, bei denen  
150 antisemitische Parolen verwendet werden oder die Verbrechen der Hamas gefeiert  
151 werden. Hinzu kommt der generelle Rechtsruck in Deutschland, der ebenfalls zu  
152 einer Zunahme an Antisemitismus führt. Auf der anderen Seite hat sich seit dem  
153 7.Oktober die negative Stimmung gegen migrantisierte Menschen aus arabischen  
154 Ländern in Deutschland verstärkt. Der Konflikt und Pro-Palästinensische  
155 Demonstrationen in Deutschland werden von einigen Politiker\*innen zum Anlass  
156 genommen, mehr Abschiebungen und Restriktionen in der Asylpolitik zu fordern und  
157 Meinungsäußerungen zu delegitimieren. Es ist inakzeptabel alle Teilnehmer\*innen  
158 von pro-palästinensischen Demonstrationen und Aktivist\*innen in diesem  
159 Themenbereich pauschal als antisemitisch zu verurteilen, und erst recht alle  
160 muslimischen Menschen. Derartigen Narrativen müssen wir uns klar  
161 entgegenstellen. Zudem braucht es eine höhere Aufmerksamkeit für und kritische  
162 Einordnung von für unverhältnismäßige Einschränkungen und Polizeigewalt im  
163 Rahmen von Demonstrationen. Wir stellen wir uns klar gegen Antisemitismus und  
164 gegen (anti-muslimischen) Rassismus. Unser Anspruch in Deutschland muss es,  
165 gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte, sein, dass sich alle Jüdinnen und  
166 Juden in Deutschland sicher fühlen können. Unser Anspruch muss es aber auch  
167 sein, dass alle Menschen in Deutschland Gebrauch von ihrem Recht auf freie  
168 Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit machen können, ohne pauschale  
169 Verurteilungen und Repressionen fürchten zu müssen. Es ist nicht akzeptabel,  
170 wenn Antisemitismus mit Rassismus bekämpft wird. Stattdessen müssen wir in  
171 Deutschland wieder zu einem offenen und ausgewogenen Diskurs kommen, in dem klar  
172 zwischen der israelischen Regierung und der jüdischen Bevölkerung unterschieden  
173 wird, sowie auch zwischen der Hamas und der palästinensischen Bevölkerung.  
174 Konkret helfen können dabei Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu Antisemitismus,  
175 (Anti-)Zionismus und anti-muslimischen Rassismus, Sicherheitsprogramme für  
176 jüdisches Leben, Rassismus-Prävention, und die Überarbeitung einschlägiger  
177 Resolutionen. Es braucht eine klare Trennlinie zwischen strafbarer Hetze und  
178 legitimer, völkerrechtsgestützter Kritik. Die IHRA-Definition von Antisemitismus  
179 ist eine nicht-rechtsverbindliche Arbeitsdefinition, die nicht als juristische  
180 Grundlage für Sanktionen geeignet ist.

181 Deshalb fordern wir:

182 Von der deutschen Bundesregierung:

- 183 • Den aktiven Einsatz für einen Waffenstillstand, die Freilassung der  
184 Geiseln und den Rückzug der israelischen Armee aus Gaza, sowie für einen  
185 langfristigen Friedensprozess
- 186 • Die Anerkennung und Umsetzung der Entscheidungen internationaler Gerichte

187 Von der Bremer Landesregierung:

- 188 • Bildungs- und Präventionsarbeit im Bereich Antisemitismus und  
189 antimuslimischem Rassismus
- 190 • die Aufnahme von Kindern und Familien aus Gaza und Israel in Bremen

191 Von der Grünen Partei:

- 192 • Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Handeln in der Bundesregierung  
193 im Kontext Israel und Palästina

194 Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die unter der Gewalt leiden – unabhängig  
195 von Nationalität, Religion oder Herkunft. Wir setzen uns für eine Welt ein, in  
196 der Gerechtigkeit, Völkerrecht und Menschlichkeit im Zentrum politischen  
197 Handelns stehen.

## Unterstützer\*innen

Vittoria Helzer (KV Bremen Links der Weser (LdW); Martin Prinzler (KV Bremerhaven)